
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: FREIE DEMOKRATEN FORDERN UMDENKEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

31.03.2022

- **Ukraine-Krieg führt zu Ernte- und Exportausfällen**
- **Alle Produktionskapazitäten müssen genutzt werden**
- **Auf Brachflächen und Unterdüngung verzichten**

„Wir können aus Hessen heraus nicht die Welt ernähren, aber wir haben die Pflicht, unseren Beitrag dazu zu leisten“, mahnt Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, und fordert eine Wende in der Landwirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, in dessen Folge von Ernteausfällen beziehungsweise Exportausfällen von Weizen sowie Mais, Sonnenblumen, Zuckerrüben, Gerste, Soja und Raps auszugehen ist, haben die Freien Demokraten die Ernährungssicherheit heute zu ihrem Schwerpunktthema im Landtag gemacht. „Die Situation belastet in Europa die Portemonnaies der Bürger. In den armen und ärmsten Teilen der Welt belastet sie aber die Mägen der Menschen. Es ist jetzt an der Zeit, alle Produktionskapazitäten zu nutzen“, erklärt Knell und schlägt sowohl kurzfristige als auch mittelfristige Maßnahmen vor.

„Die EU bezahlt Landwirte dafür, dass sie Flächen nicht bewirtschaften“, erklärt Knell mit Blick auf stillgelegte Flächen, für deren Nicht-Bewirtschaftung Landwirte EU-Beihilfen bekommen. „Wenn diese Flächen für den Anbau von Getreide freigegeben würden, könnten wir bei einem Ertrag von 3,5 Tonnen Weizen pro Hektar deutschlandweit zusätzlich 1,26 Millionen Tonnen Weizen erzeugen.“ Bundesweit sind laut einer Erhebung von 2020 knapp 360.000 Hektar stillgelegt, in Hessen waren es im vergangenen Jahr mehr als 18.000 Hektar. Letzteres entspricht 25.000 Fußballfeldern. „Alles was man tun muss, ist, Landwirten zu erlauben, ihre eigenen Flächen zu bewirtschaften.“ In der EU gebe es mittlerweile Bewegung, was die Brachflächen angehe, nun müsse aber auch von

der Landesregierung ein entsprechendes Signal kommen. Gleichermassen fordert Knell als kurzfristige Maßnahme ein Umdenken in Bezug auf die sogenannten roten Gebiete, in denen, kurz gefasst, weniger gedüngt werden darf. Diese Unterdüngung habe zu niedrigeren Erträgen und schlechterer Qualität der Ernte geführt. „Deswegen ist auch das eine Maßnahme, die wir uns zumindest temporär gar nicht leisten können“, betont die landwirtschaftspolitische Sprecherin.

Knell ergänzt: „Mittelfristig muss außerdem neu darüber nachgedacht werden, ob es in einer Situation, in der wir maximale Erträge brauchen, sinnvoll ist, ein planwirtschaftliches Ziel von 25 Prozent Ökolandbau bis 2025 in Hessen zu verfolgen, obwohl dieser ertragsschwächer ist. Schließlich wird auch konventionelle Landwirtschaft durch Forschung und Innovation immer ökologischer. Dass wir überhaupt noch einen politischen Unterschied machen, ist nicht mehr zeitgemäß.“ Als mittelfristiges Ziel benennen die Freien Demokraten darüber hinaus eine Neubewertung dessen, was in der europäischen Agrarpolitik in Planung ist. „Es wäre jetzt Zeit für eine starke Stimme Hessens für die Landwirtschaft, zum Beispiel durch eine Bundesratsinitiative“, sagt Knell und fordert zum einen den Verzicht auf weitere Beschränkungen für die Landwirtschaft, zum anderen die Aufnahme der Ernährungssicherheit in den Green Deal. „Lebensmittel zu produzieren, ist die ureigene Aufgabe der Landwirtschaft. Wir brauchen keine staatlich finanzierten Landschaftsgärtner, sondern unternehmerische Landwirte, die damit ihr Geld verdienen, dass sie Nahrungsmittel erzeugen“, erklärt Knell.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de
